

Auswertung der Abschlussbefragung

09/2025

**Vierter Bericht zum Forschungsprojekt
„UN-Behindertenrechtskonvention
in den Kommunen“**



UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen (UN-BRK kommunal)

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt wurde von 10/2022 bis 09/2025 in Kooperation zwischen dem Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE) der Universität Siegen und der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR) durchgeführt. Es wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert.

Der vorliegende vierte Bericht stellt Ergebnisse der im Projekt durchgeführten webbasierten Abschlussbefragung vor.

Dieser Bericht wurde erarbeitet von

Dr. Matthias Kempf

Prof. Dr. Albrecht Rohrmann

Informationen im Internet: www.unbrk-kommunal.de

Zitation des Berichtes:

Kempf, Matthias; Rohrmann, Albrecht; (2025). Auswertung der Abschlussbefragung. Vierter Bericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“, Siegen.

Kontakt:

Universität Siegen
Zentrum für Planung und Entwicklung Sozialer Dienste (ZPE)
Hölderlinstr. 3
57068 Siegen
E-Mail: sekretariat@zpe.uni-siegen.de
Webseite: www.zpe.uni-siegen.de/

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	II
ABBILDUNGSVERZEICHNIS	III
1. EINLEITUNG – METHODISCHES VORGEHEN	1
2. KREIS DER BEFRAGTEN	3
2.1 Hintergrund der Befragten	3
2.2 Art der erfassten Kommunen	5
2.3 Phase des Planungsprozesses	6
3. EINSCHÄTZUNGEN ZUM PROJEKT UND DEM TRANSFERMATERIAL	8
3.1 Information über das Projekt	8
3.2 Hauptziele bei denen das Projekt unterstützt	10
3.3 Einschätzung der erstellten Materialien	12
3.4 Weitere Materialien und Gesamtbewertung des Projektes	14
4. PERSPEKTIVEN ZUR UMSETZUNG DER UN-BRK	18
5. FAZIT	22
6. LITERATUR	23

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Hintergrund der Befragten	3
Abbildung 2: Art der Kommune	5
Abbildung 3: Phasen des Planungsprozesses der Befragten	6
Abbildung 4: Informationsquelle zum Projekt	8
Abbildung 5: Aufgaben bei denen das Projekt unterstützt	10
Abbildung 6: Aufgaben bei denen das Projekt unterstützt	11
Abbildung 7: Hilfreiche Materialien des Projektes	13
Abbildung 8: Angaben „Material ist unbekannt“	14
Abbildung 9: Verbesserungsmöglichkeiten der Umsetzung der UN-BRK	19

1. Einleitung – methodisches Vorgehen

In den drei Jahren der Projektlaufzeit wurde ein Rechtsgutachten über die Verpflichtung der UN-BRK auf kommunaler Ebene erstellt und es wurde untersucht, welche Aktivitäten die Kommunen in Deutschland unternehmen, um die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) auf kommunaler Ebene planerisch umzusetzen. Bestandteil des Projektes war auch die Erarbeitung und Umsetzung einer Transferstrategie. Dabei haben zahlreiche unterschiedliche Akteure mitgewirkt, Interesse an den Projektergebnissen gezeigt und an den Veranstaltungen teilgenommen. Im Projektantrag wurde vereinbart, einen Überblick über die Verbreitung der Projektergebnisse zu geben und darzustellen, inwieweit diese die Kommunen unterstützten. So sollte ermittelt werden, inwieweit die Kommunen dazu angeregt werden, systematische Planungsaktivitäten zu beginnen, bestehende zu intensivieren oder ihre Durchführung stärker zu systematisieren.

In den letzten Projektmonaten wurde zu diesem Zweck eine Befragung durchgeführt, deren Ergebnisse im Folgenden näher beschrieben werden. Insgesamt lässt sich festhalten, dass ausreichend viele Personen an der Befragung teilgenommen haben, um den bisher erfolgten Transfer einschätzen zu können. Es handelt sich um eine Momentaufnahme am Ende des Projektes. Langfristige Wirkungen sind noch nicht abzuschätzen.

In diesem Kapitel wird zunächst auf die gewählte Methodik eingegangen und beleuchtet, wie die Ergebnisse ausgewertet wurden. Im anschließenden Kapitel wird ein Überblick über den Kreis der Befragten gegeben, sowie darüber, wie dieser sich innerhalb der Befragung selbst darstellt. Hierbei wird insbesondere darauf eingegangen, aus welchen Kommunen die Antworten stammen, in welcher Phase des Planungsprozesses sich die beteiligten Kommunen befinden und in welcher Rolle die Personen an der Befragung mitgewirkt haben.

Im darauffolgenden Kapitel (3) wird die Einschätzung der Befragten zu den Transfermaterialien wiedergegeben und zu der Art, wie sie sich über das Projekt informiert haben. Danach wird auf Fragen eingegangen, wie aus Sicht der Befragten die UN-BRK über das Projekt hinaus in den Kommunen umgesetzt werden sollte. Hierbei werden weitere Aktivitäten und Themenfelder mit vergleichsweise großer Übereinstimmung benannt. Abschließend werden die Ergebnisse knapp zusammengefasst und Schlussfolgerungen für weitere Umsetzungsaktivitäten skizziert.

Methodisches Vorgehen

Von Beginn des Projektes an wurde Wert auf eine systematische Öffentlichkeitsarbeit gelegt, um zum einen den Feldzugang für Analysen sicherzustellen, aber auch, um die Transferphase vorzubereiten. Zu diesem Zweck wurden neben Informationsveranstaltungen eine Projekthomepage beim ZPE eingerichtet und regelmäßig Newsletter verschickt. Da die Kommunen im Teilprojekt zwei aufgefordert waren, Aktivitäten zu melden, die bei der Analyse systematischer Planungsaktivitäten berücksichtigt wurden, und sie zudem an den Ergebnissen interessiert waren, gelang es, mit dem Newsletter einen Kreis von etwas über 300 Personen zu erreichen. Im Frühsommer 2025 wurde dann, begleitet von intensiver Pressearbeit, die Transferwebseite beim DIMR eingerichtet.

Die Abschlussbefragung wurde als Onlinebefragung konzipiert und über das Befragungstool LimeSurvey durchgeführt. Der überwiegende Teil der Fragen war mit

vorgegebenen Antwortmöglichkeiten versehen, da hier in der Regel höhere Antwortraten erzielt werden. Gegen Ende der Befragung wurden auch offene Fragen ergänzt, die optional beantwortet werden konnten. Auf diese Weise konnten Perspektiven und Einschätzungen der Befragten in freier Form benannt werden. Um einen möglichst großen Rücklauf zu erzielen und sowohl Personen anzusprechen, die schon länger über das Projekt informiert sind, als auch solche, die erst mit der Veröffentlichung der Transferwebseite vom Projekt Kenntnis erlangt haben, sind zwei identische Befragungen erstellt und freigeschaltet worden. Während sich die geschlossene Befragung an die Adressat*innen des Newsletters richtete, wurde eine offene Befragung eingerichtet, die über einen weitergebbaren Link allen interessierten Personen zugänglich war. Der offene Befragungslink wurde unter anderem über den Verteiler des DIMR weitergegeben. Die Bezieher*innen des Newsletters wurden über eine E-Mail an die Befragung erinnert, die weiteren Adressierten über eine erneute E-Mail über den Verteiler des DIMR. Die Befragung konnte vom 18.07.2025 bis zum 27.08.2025 bearbeitet werden. Da beide Befragungen inhaltlich identisch waren, konnte eine gemeinsame Auswertung der beiden Befragungen erfolgen.

Aus vorherigen Befragungen mit LimeSurvey war bekannt, dass nur ein Teil der Personen mit Sehbeeinträchtigungen diese Befragungsplattform gut barrierefrei bedienen können. Gleichzeitig war der Fragebogen nicht in leichter Sprache gehalten. Um Rückmeldungen dennoch möglich zu machen, wurde auf der Homepage und in den Einladungsmails zur Befragung angeboten, die Befragung telefonisch durchzuführen. Dieses Angebot wurde erfolgreich genutzt. Insgesamt konnten in der Auswertung 170 vollständige Bearbeitungen berücksichtigt werden.

2. Kreis der Befragten

Die Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene ist ein anspruchsvolles und komplexes Vorhaben. Gleichzeitig sind auch die Kommunen sehr unterschiedlich aufgestellt – sowohl was strukturelle Aspekte wie Größe und Art der Gebietskörperschaft betrifft als auch hinsichtlich des aktuellen Umsetzungsstands der Konvention. Um die weiteren Antworten differenziert einschätzen zu können, wurden zunächst zu diesen Aspekten Fragen gestellt. Darüber hinaus ermöglicht die differenzierte Erfassung der Befragten, die gegebenen Antworten entlang dieser Aspekte genauer auszuwerten.

Daher wird im Folgenden zunächst beschrieben, vor welchem Hintergrund die Personen an der Befragung mitgewirkt haben, auf welche Art von Gebietskörperschaften sich die Antworten beziehen und in welcher Phase des Umsetzungsprozesses sich diese Kommunen befinden.

2.1 Hintergrund der Befragten

Die erste Frage des Fragebogens lautete: „Vor welchem Hintergrund beantworten Sie die Fragen?“. Dabei konnten mehrere Antworten ausgewählt und zusätzlich eine eigene Beschreibung in einem Freitextfeld ergänzt werden.

Abbildung 1: Hintergrund der Befragten

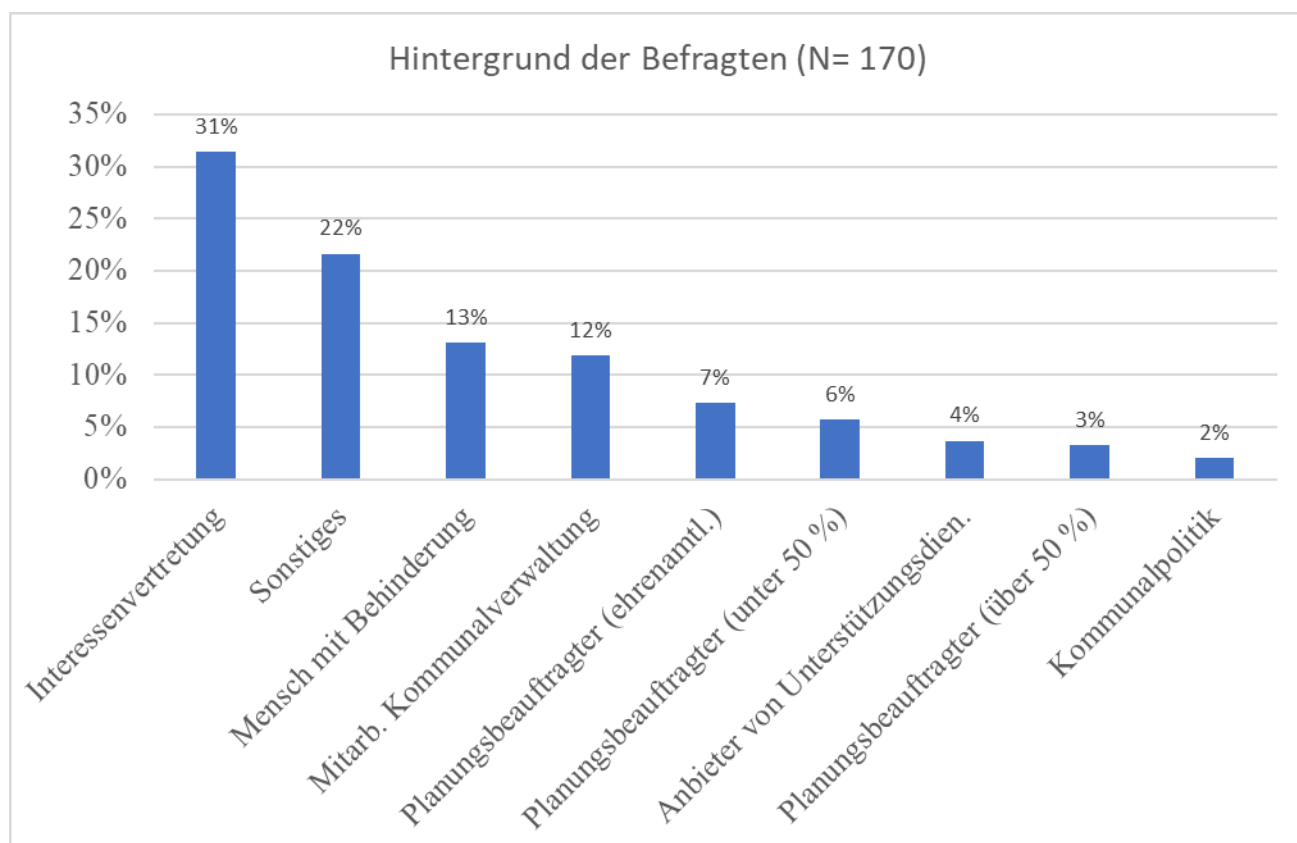


Abbildung 1 zeigt die relativen Anteile der abgegebenen Antworten. Während rund drei Viertel der Befragten (76 %) nur eine Antwortoption wählten, entschieden sich die übrigen für mehrere. Am häufigsten wählten die Befragten die Option, an einem

kommunalen Planungsprozess als Interessenvertreter*in – etwa als Behindertenbeauftragte*r oder Mitglied eines Beirats – mitzuwirken. Dies stellt mit 44 Nennungen die häufigste Einzeloption dar. Auch die übrigen Antwortmöglichkeiten wurden häufig in Kombination mit der Interessenvertretung gewählt – besonders oft bei Menschen mit Behinderung. Hierbei wird deutlich, dass sich unterschiedliche Akteure in den Kommunen im Rahmen der Interessenvertretung für und von Menschen mit Behinderungen engagieren. Die Option, als Mensch mit Behinderung im Planungsprozess beteiligt zu sein, wurde am zweithäufigsten gewählt. Eine große Gruppe der so antwortenden Personen ist nicht in weiteren Rollen, etwa der Interessenvertretung, beteiligt. Hier scheint die Mitarbeit also ohne organisierte Struktur zu erfolgen. Darüber hinaus sind Menschen mit Behinderungen auch in allen anderen Rollen am Prozess beteiligt, außer als Vertretung der Kommunalpolitik, die insgesamt am seltensten an der Erhebung beteiligt war.

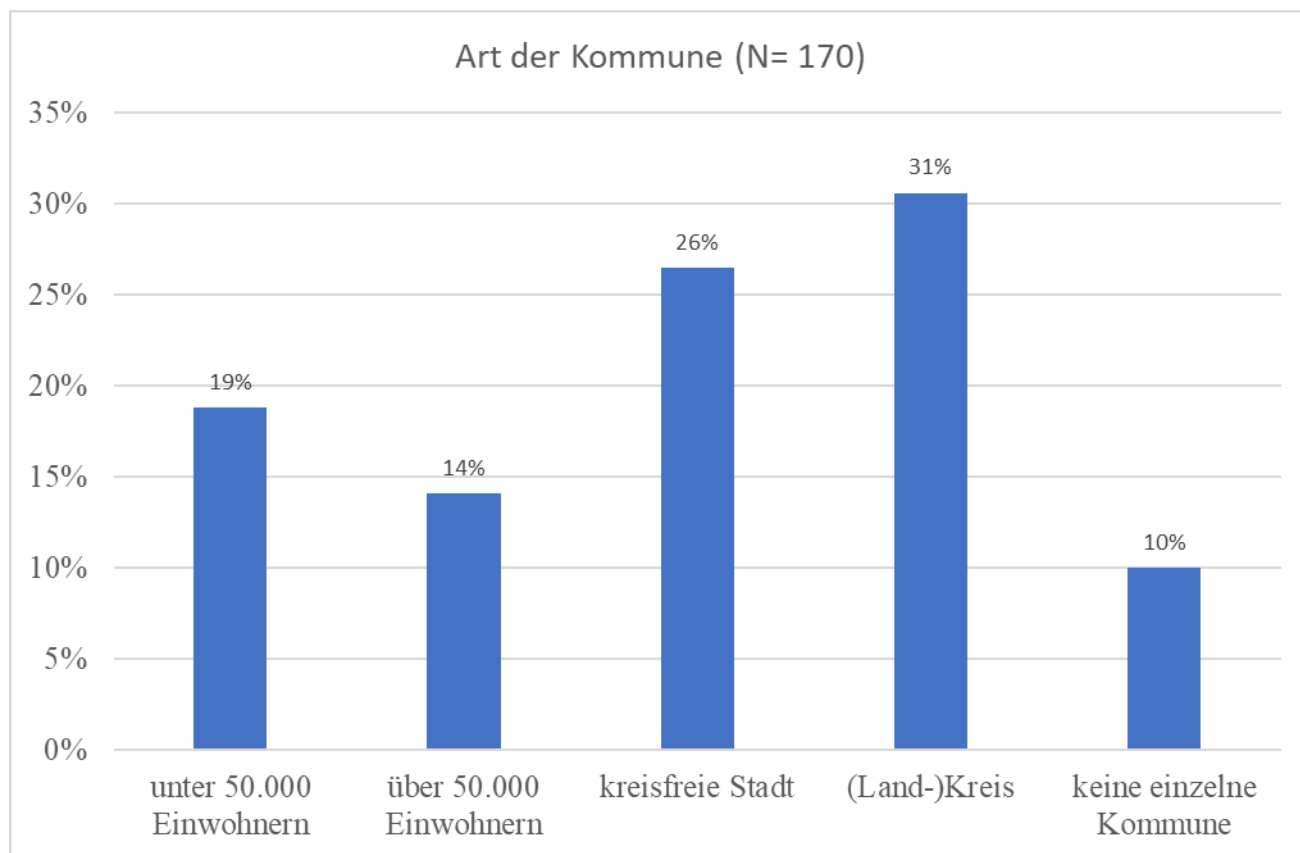
Mit etwas mehr als einem Fünftel (22 %) ist die Option „Sonstiges“ vergleichsweise häufig gewählt worden, was auf ein breites Spektrum an Akteuren hindeutet, die sich für das Thema interessieren. Es gab in der Folge auch die Möglichkeit, die eigene Rolle zu benennen. Die meisten Nennungen (16-mal) stammen von Verbänden, die auf Bundes- oder Landesebene tätig sind und entweder im sozialen Sektor allgemein engagiert sind oder spezifische Gruppen von Menschen mit Beeinträchtigungen vertreten. Am zweithäufigsten waren Nennungen aus dem Verwaltungsbereich, was unterschiedliche Ebenen – vom Bundesland über Regionen bis hin zur Leitungsebene von Kommunen – umfasst. Auch noch recht häufig wurden hier die Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatungen (EUTB) genannt. Selten waren Schwerbehindertenvertretungen und Personen, die ein allgemeines Interesse an der Thematik benennen.

Mit einem Anteil von 12 % machen die Personen aus der Kommunalverwaltung, die an Planungen beteiligt sind (außer den Beauftragten, die gesondert erfasst wurden), die viertgrößte Gruppe aus. Genauer erfasst wurden die planungsverantwortlichen Personen, indem dort zwischen einem ehrenamtlichen Engagement (7 %), einer hauptamtlichen Tätigkeit mit einem Beschäftigungsumfang von unter 50 % (6 %) und einem Beschäftigungsumfang von über 50 % (3 %) differenziert wurde. Insgesamt erreichte die Befragung 39 Personen, die für die Planung zur Umsetzung der UN-BRK verantwortlich sind. Sie haben somit ungefähr einen Anteil von einem Sechstel an den Befragten. Vergleichsweise selten haben sich Anbieter von Unterstützungsdiensten (4 %) und Personen aus der Kommunalpolitik (2 %) an der Befragung beteiligt.

Insgesamt hat die Befragung sowohl Menschen mit Behinderungen als auch in der Interessenvertretung aktive Personen gut erreicht. Da meist sehr wenig Personen in einer Kommune mit einer Planung beauftragt sind, ist ein Einbezug von 39 Personen in diese Befragung zufriedenstellend. Der hohe Anteil von überörtlich aktiven Personen, die in der „Sonstige-Kategorie“ zusammengefasst sind, macht deutlich, dass die Thematik dort für relevant gehalten wird. Politisch Aktive aus Gremien der Kommunalpolitik sind dagegen kaum erreicht worden.

2.2 Art der erfassten Kommunen

Abbildung 2: Art der Kommune



In der Befragung wurde nach der Art der Gebietskörperschaft gefragt, auf die sich die Antworten beziehen, da dieser Aspekt die Planungsprozesse stark prägt. Die (Land-)Kreise machen mit 31 % den größten Anteil aus, gefolgt von den kreisfreien Städten (19 %) und den eher kleineren Kommunen unter 50.000 Einwohner*innen (19 %). Der Anteil der Städte über 50.000 Einwohner*innen liegt bei 14 %, so dass aus allen Arten von Kommunen Antworten vorliegen. Ein Zehntel der Antworten bezieht sich nicht auf eine konkrete Kommune, was mit Blick auf die Antworten zu Frage eins auf überregional aktive Akteure wie Verbände und Länderverwaltungen zurückzuführen ist.

Im Teilprojekt zwei wurde erfasst, wie groß jeweils der Anteil der Kommunen war, für die systematische Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK identifiziert werden konnten (vgl. Bertelmann et al. 2024, 8 f.). Bei kreisfreien Städten lag der Anteil bei 61 %, bei (Land-)Kreisen bei 34 % und bei Städten über 50.000 Einwohner*innen bei 25 %. Für die kleineren Kommunen konnte aufgrund der geringen Anzahl an Funden und der großen Anzahl an Kommunen kein Quotient gebildet werden. Die Befragung wurde etwas stärker von Personen aus Kreisen und von kleineren Kommunen bearbeitet. Die kreisangehörigen Städte mit mehr als 50.000 Einwohner*innen haben demgegenüber seltener an der Befragung teilgenommen.

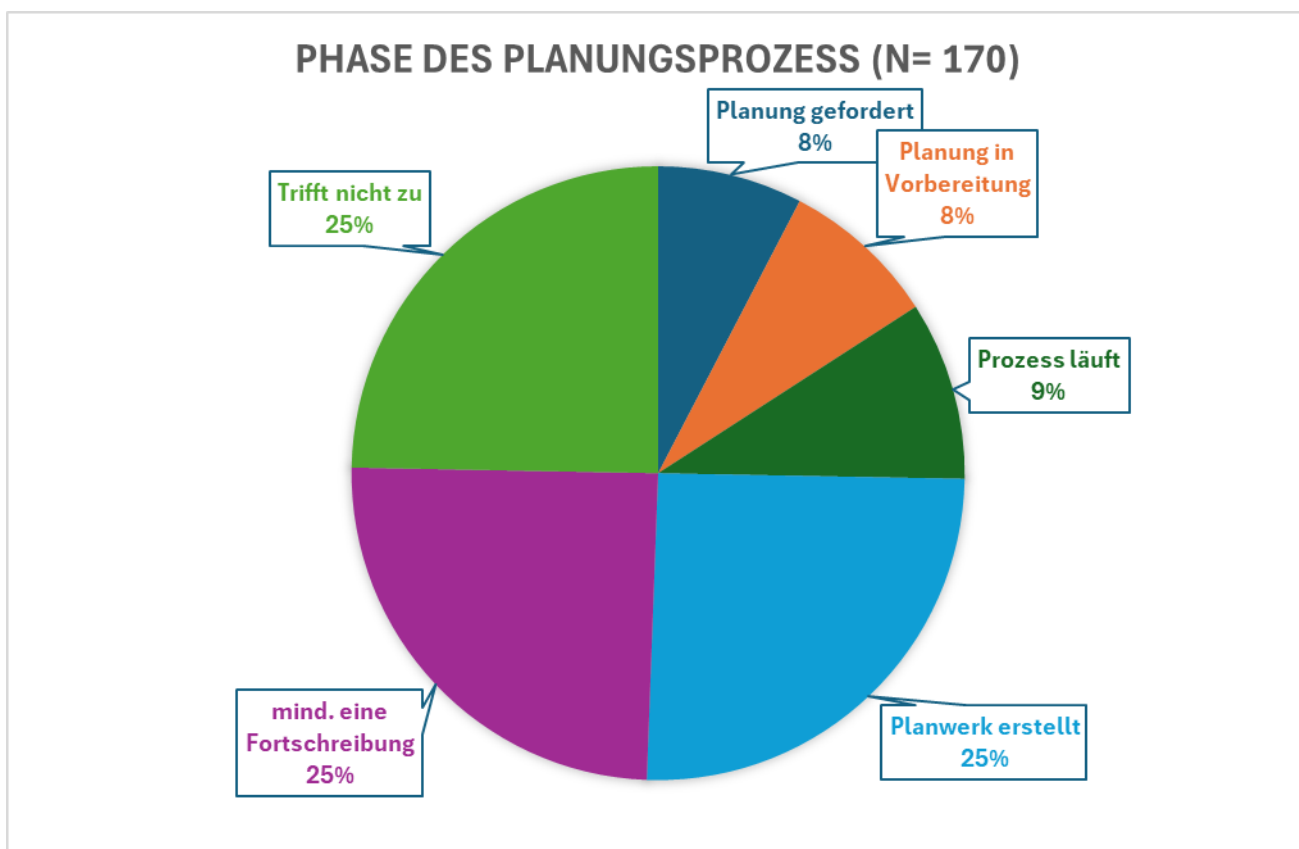
Betrachtet man, aus welcher Art von Kommunen die bei Frage eins differenzierten Gruppen kommen, so fällt auf, dass sich Menschen mit Behinderungen seltener auf kleinere Kommunen, aber etwas häufiger auf Kreise und kreisfreie Städte

beziehen. Nur sehr wenige Antworten haben bei dieser Gruppe keine einzelne Kommune im Fokus. Dies spricht dafür, dass sie sich meist in einer Kommune engagieren und nur selten vor allem überörtlich aktiv sind. Eine ähnliche Verteilung ergibt sich für beauftragte Personen und für Personen aus der Kommunalverwaltung. Sie beziehen ihre Antworten häufiger auf kreisfreie Städte (38 %) und etwas seltener auf (Land-)Kreise (28 %). Relativ gleich verteilt sind die Antworten aus der Politik und von Anbietern von Unterstützungsdiensten. Hier gibt es mehr Antworten, die keine Kommune spezifisch im Fokus haben.

2.3 Phase des Planungsprozesses

Das Interesse am Projekt und den erarbeiteten Materialien wird auch davon bestimmt, in welcher Phase des Planungsprozesses sich eine Kommune gerade befindet. Daher wurde auch dieser Aspekt abgefragt:

Abbildung 3: Phasen des Planungsprozesses der Befragten



Die sich bei der Auswertung ergebende Verteilung ist in ihrer Regelmäßigkeit kurios. Drei der vier Antworten wurden jeweils 42- bzw. 43-mal genannt, sodass sich jeweils gerundet 25 % ergeben und folglich auch die Summe der drei verbliebenen Antwortoptionen ein Viertel ergibt.

Interpretiert man diese Rückmeldung, so wird deutlich, dass die Hälfte der Befragten auf große Erfahrungen mit Planungsprozessen zurückblicken kann, da entweder bereits ein Planwerk erstellt wurde oder sogar mindestens eine Fortschreibung des Prozesses erfolgt ist. Diese Befragten blicken also mindestens auf einen

kompletten Planungszyklus zurück und interessieren sich – wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird – besonders intensiv für die letzten Phasen eines solchen Zyklus.

Dieser erfahrenen Gruppe von Befragten steht ein Viertel der Antwortenden gegenüber, die bei dieser Frage „Trifft nicht zu“ gewählt haben. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass ein Zehntel der Befragten aus einem kommunenübergreifenden Interesse an der Befragung teilnimmt. Ein weiterer Teil scheint zwar in einer Kommune engagiert zu sein, aber dort wird bislang keine Planung zur Umsetzung der UN-BRK durchgeführt oder auch nur diskutiert. Dies ist bei 8 % der Befragten der Fall, bei denen „im Moment ein Planungsprozess zur Umsetzung der UN-BRK gefordert“ wird. Bei weiteren 8 % wird aktuell ein solcher Prozess vorbereitet. Darüber hinaus befinden sich 9 % in einem laufenden, aber noch nicht durch ein Planwerk abgeschlossenen Planungsprozess. Somit ist ein weiteres Viertel der Antwortenden aktuell dabei, einen Planungsprozess vorzubereiten oder ihn in der Kommune anzustoßen.

Betrachtet man auch hier, wie die verschiedenen Personengruppen geantwortet haben, so zeigt sich, dass Menschen mit Behinderungen seltener aus der Perspektive einer Kommune in den ersten drei Phasen antworten (15 % statt 25 %) und dafür häufiger aus einer Kommune in der Fortschreibung der Planung (44 %) bzw. mit einem bereits erstellten Planwerk (31 %). Interessant ist, dass beauftragte Personen zu 20 % „Trifft nicht zu“ gewählt haben, was mehr als doppelt so häufig ist wie bei den Menschen mit Behinderungen (9 %). Dies kann darauf zurückzuführen sein, dass sie sich eher auf eine solche Aufgabe vorbereiten. Ansonsten ähneln sich die Verteilungen in den weiteren Phasen. Bei denjenigen, die als Beschäftigte einer Kommunalverwaltung an der Planung beteiligt sind, dominieren die Angaben, dass mindestens eine Fortschreibung erstellt wurde (48 %) bzw. ein Planwerk erarbeitet wurde (21 %). Auch bei ihnen ist der Anteil der ersten drei Phasen geringer (14 %). Aufgrund der insgesamt geringen Nennungen sind die Angaben der weiteren Gruppen zurückhaltend zu interpretieren. Während sich die Angaben der Personen aus der Kommunalpolitik recht gleichmäßig verteilen, fällt auf, dass fünf von neun der für die Anbieter von Unterstützungsdiensten in Planungsprozessen aktiven Personen angegeben haben, dass sie sich derzeit in einem laufenden Prozess befinden. In keiner anderen Gruppe dominiert diese Phase so deutlich.

Insgesamt wird deutlich, dass in der Befragung Einschätzungen aller relevanten Akteursgruppen erfasst werden konnten, wobei sich insbesondere Menschen mit Behinderungen sowie Aktive in der Interessenvertretung eingebracht haben. Nur unzureichend wurden Rückmeldungen aus der Politik erfasst. Die Befragten geben Rückmeldungen aus allen Arten von Gebietskörperschaften und aus allen Phasen der Planungsprozesse. Die Analyse der Eingangsfragen macht auch deutlich, dass es darüber hinaus eine Gruppe von Akteuren gibt, die sich mit dem Thema befassen und überregional für Verbände oder Verwaltungen aktiv sind.

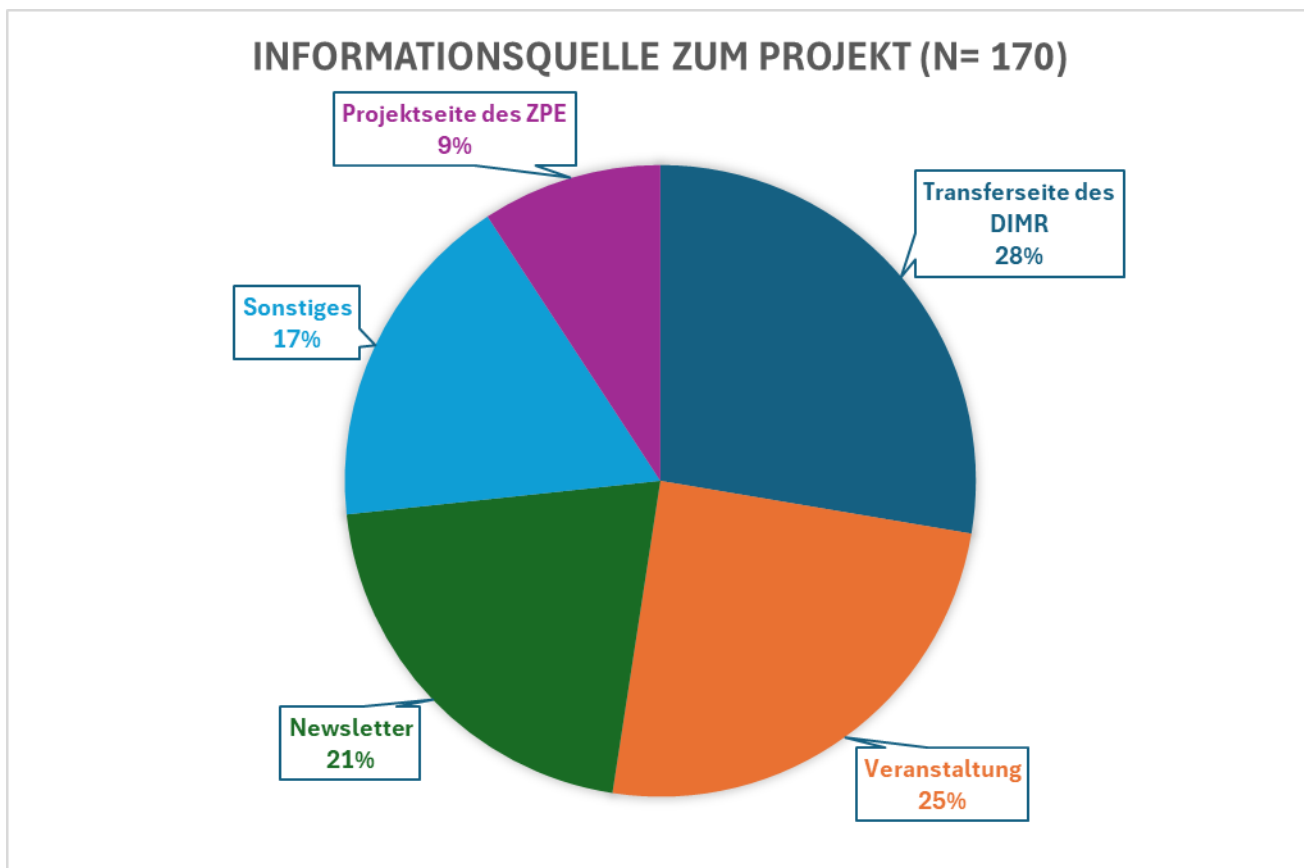
3. Einschätzungen zum Projekt und dem Transfermaterial

Im Hauptteil der Befragung wurden Fragen zum Projekt sowie zu den erstellten Texten und Onlineangeboten gestellt. Auf diese Weise sollten sowohl deren Bekanntheit als auch die Bewertung durch die Befragten erfasst werden. In offenen Fragen ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten wurde zudem nach weiteren Materialien gefragt, die über die bereits erstellten hinaus als nützlich erachtet werden. Welche Unterstützung – unabhängig vom Projektkontext – für notwendig gehalten wird, um die UN-BRK in den Kommunen anzuwenden, wird im nächsten Kapitel dargestellt.

3.1 Information über das Projekt

Die Frage, über welche Kanäle sich die Antwortenden über das Projekt informieren, gibt einerseits Auskunft über die Befragten, andererseits auch darüber, inwieweit es gelungen ist, spezifische Kommunikationskanäle im Projekt zu etablieren.

Abbildung 4: Informationsquelle zum Projekt



In den ersten Projektmonaten wurde beim ZPE eine Webseite erstellt, um über das Projekt zu informieren und den Informationsfluss – insbesondere während der Erhebungsphasen – zu erleichtern. Über die Seite konnte man sich für einen Newsletter anmelden, der mehrmals im Jahr über aktuelle Entwicklungen im Projekt informierte. In der ersten Erhebungsphase wurden alle Bundesländer dazu aufgerufen, über ein Online-Eingabetool systematische Planungsaktivitäten von

Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohner*innen zu melden. Hierzu wurden über die Landesbehindertenbeauftragten E-Mails versendet, und das Projekt wurde in Veranstaltungen mit kommunalen Beauftragten vorgestellt. Die gemeldeten Aktivitäten wurden anschließend in die Analyse einbezogen. So konnten die relevanten Akteure recht zügig informiert werden, und sowohl die Projekthomepage als auch der Newsletter wurden verstärkt genutzt.

In der nun durchgeführten Befragung zeigte sich, dass es gelungen ist, die Bekanntheit der Transferwebseite gegenüber diesen beiden schon länger bestehenden Informationsquellen noch zu steigern. Mit 28 % ist die erst im Frühsommer 2025 freigeschaltete Transferwebseite die wichtigste Informationsquelle für die Befragten. Dies spricht dafür, dass die begleitende Öffentlichkeitsarbeit relevante Akteure erreicht hat. Für die Transferwebseite und die anderen Informationsquellen wurde auch bei den über 30 Veranstaltungen geworben, an denen sich die Mitglieder des Projektteams über die gesamte Projektlaufzeit hinweg beteiligt haben. Sie stellen mit 25 % die am zweitstärksten frequentierte Informationsquelle für das Projekt dar. Hierbei ist anzumerken, dass die Befragung durchgeführt wurde, bevor die Online-Abschlussveranstaltung mit über 550 angemeldeten Personen stattgefunden hatte. Auch der Newsletter, der in Alltags- und in Leichter Sprache über das Projekt informiert, hat mit einem guten Fünftel der Antworten noch einen wichtigen Einfluss auf die Informationsweitergabe zum Projekt.

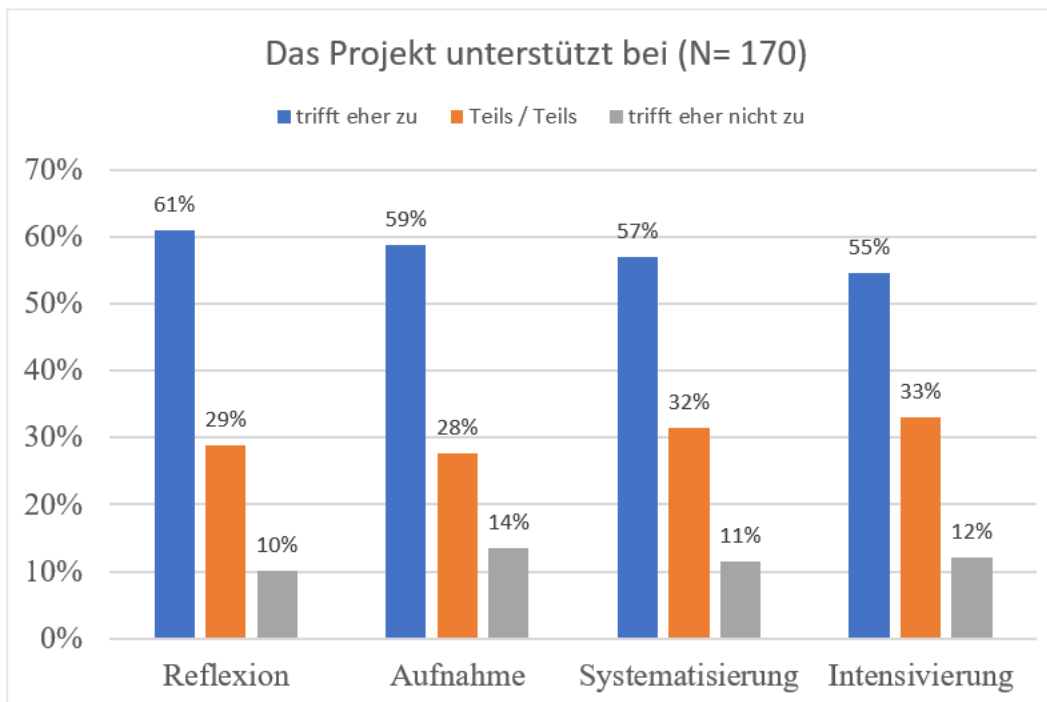
Personen, die „Sonstiges“ angegeben hatten, konnten in einem Freitextfeld erläutern, auf welchem Weg sie über das Projekt informiert wurden. Hierbei wurden andere Informationskanäle der Projektpartner (ZPE & DIMR) sowie Informationen über die Landesebene – etwa durch Ministerien, Netzwerke oder kommunale Spitzenverbände – mit jeweils neun Nennungen am häufigsten angegeben. Mit sieben Nennungen waren Informationen durch Kommunalverwaltungen oder Selbstverwaltungsstrukturen bzw. Hinweise auf gerade laufende Planungsprozesse ebenfalls relevant. Andere Ausführungen blieben eher unverständlich.

Differenziert man hier nach den Gruppen der Befragten, so fällt vor allem auf, dass Veranstaltungen für Anbieter von Unterstützungsdiensten als Informationsquelle besonders wichtig sind, wohingegen Beschäftigte in Kommunalverwaltungen etwas häufiger den Newsletter als Quelle benennen. Bei Personen aus der Kommunalpolitik und den anderen Gruppen sind keine abweichenden Schwerpunkte erkennbar.

Insgesamt sprechen die Befragungsergebnisse dafür, dass die Transferstrategie über Veranstaltungen und – am Projektende – über die neue Transferwebseite beim DIMR erfolgreich ist. Alle gezielt eingesetzten Kanäle wurden deutlich häufiger genannt als die allgemeinen Informationsquellen der Projektpartner. Das spezifisch für den Transfer eingerichtete Instrument ist für die Befragten schon nach wenigen Monaten die wichtigste Informationsquelle.

3.2 Hauptziele bei denen das Projekt unterstützt

Abbildung 5: Aufgaben bei denen das Projekt unterstützt



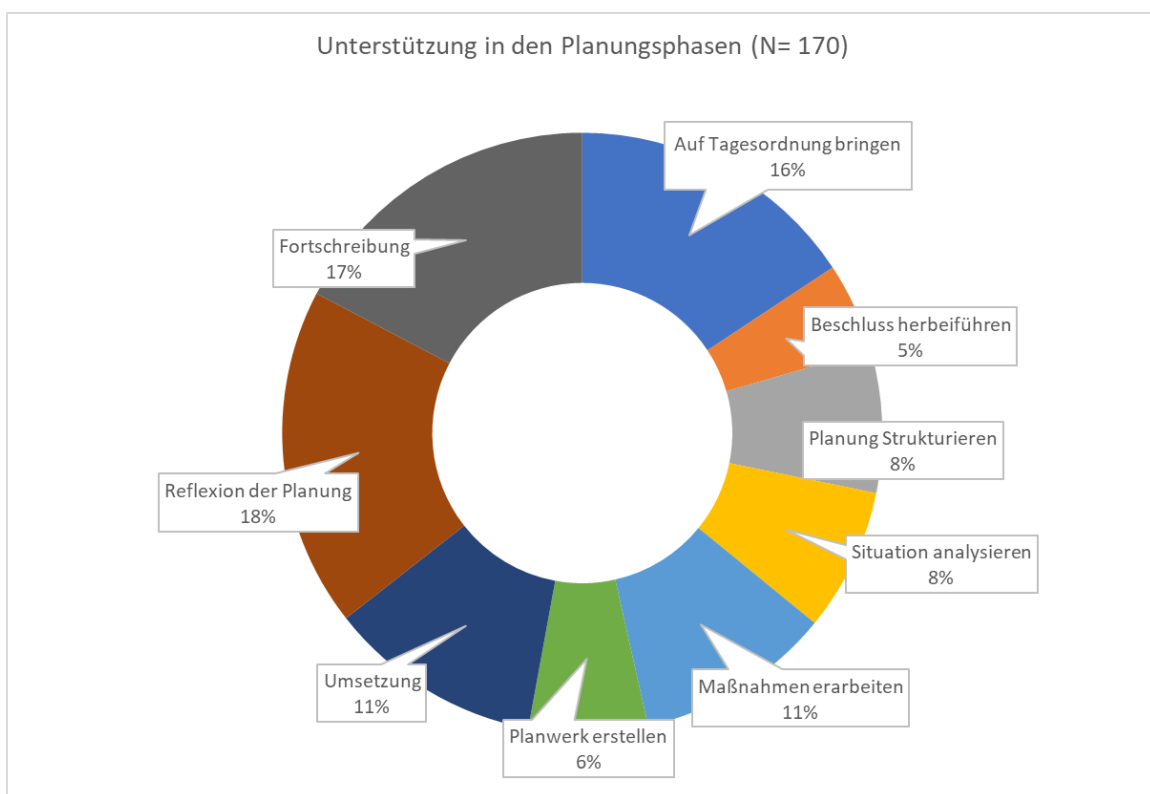
Im Rahmen des Projektantrages wurde mit Blick auf die Folgen des Projektes ausgeführt: „Der Erfolg des Projekts misst sich quantitativ an der Anzahl der Kommunen, die durch das Projekt Aktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufnehmen, intensivieren oder in ihrer Durchführung systematisieren“. Im Zuge der Abschlussbefragung sollten diese Aspekte überprüft bzw. von den Befragten eingeschätzt werden. Hierzu wurden die Befragten gebeten, auf einer sechsstufigen Skala zu bewerten, inwieweit sie den Formulierungen zustimmen. Die Extreme der Skala waren dabei mit „trifft zu“ bzw. „trifft nicht zu“ gekennzeichnet. Die Aussagen waren ähnlich formuliert und griffen die oben genannten Ziele auf. Beispielsweise lautete die Formulierung zum Beginn von Planungsprozessen: „Das Projekt unterstützt Kommunen dabei, systematische Planungsaktivitäten aufzunehmen.“ Zur besseren Übersicht wurden die Ergebnisse der sechsstufigen Skala in eine dreistufige überführt und der Aspekt der Reflexion von Planungsprozessen ergänzt.

Es zeigen sich für diese vier Kernziele des Projektes insgesamt sehr hohe Zustimmungswerte. Für alle vier Aussagen gilt, dass mehr als die Hälfte der Befragten ihnen eher zustimmt, während eher ablehnende Einschätzungen nur von zehn bis vierzehn Prozent geäußert werden. Die intensivste Zustimmung und die geringste Ablehnung erfährt die Aussage, dass das Projekt bei der Reflexion von Planungsprozessen unterstützt. Mit Blick auf die im Abschnitt 2.3 dargestellten Phasen kann geschlossen werden, dass sich eine (kleine) Gruppe der Befragten aktuell mit der Aufnahme von Prozessen befasst. Daher überrascht hier der höchste Wert der Nicht-Zustimmung zu der Aussage nicht. Insgesamt sind die Unterschiede im Antwortverhalten hier so gering, dass sie sich einer begründeten Interpretation weitgehend entziehen. Im Urteil der Teilnehmenden an der Befragung wurden die avisierten Ziele durch das Projekt erreicht.

Ergänzend dazu wurde in einer anschließenden Frage differenziert erhoben, in welchen Bereichen das Projekt den Befragten aus ihrer Sicht Unterstützung geboten hat. Hierfür wurde auf den in zahlreichen Projektpublikationen verwendeten idealtypischen Ablauf von Planungsprozessen zurückgegriffen, um zu erheben, ob das Projekt in dieser spezifischen Phase geholfen hat. Für die Phase der Analyse der Ausgangssituation wurde beispielsweise die Formulierung gewählt: „Das Projekt hat dazu beigetragen, die örtliche Situation zu Beginn der Planung zu erfassen.“

Ein Viertel der Befragten antwortete – ähnlich wie bei der in Abschnitt 2.3 behandelten Frage zur jeweiligen Phase – mit „trifft nicht zu“. Da Mehrfachnennungen möglich waren, beziehen sich die folgenden Prozentangaben auf die Gruppe der Personen, die inhaltlich geantwortet haben.

Abbildung 6: Aufgaben bei denen das Projekt unterstützt



Am häufigsten wurde die Reflexion der Planung (18 %) als jene Phase genannt, in der das Projekt unterstützt hat, gefolgt von der Fortschreibung (17 %). Bezieht man zusätzlich die 11 % aus der Phase der Umsetzung ein, so entfallen insgesamt 46 % der Antworten auf die letzten Phasen eines Planungszyklus bzw. auf dessen Weiterführung. Man kann diese Ausföhrung so verstehen, dass die Projektergebnisse besonders hilfreich für die Anwendung, Überprüfung und Fortsetzungen von Planungsprozessen angesehen werden. Alternativ kann darauf rekurriert werden, dass sich die Hälfte der Befragten aktuell in diesen Phasen der Planungsprozesse befindet (siehe Abschnitt 2.3) und das Projekt daher für ihre aktuelle Situation als hilfreich empfindet.

Die dritthäufigste Nennung betrifft den Anfang eines Planungszyklus, also die Bemühungen, das Thema auf die Tagesordnung der jeweiligen Kommune zu bringen (16 %). Der darauffolgende Prozessschritt „Beschluss herbeiführen“ wurde mit 5 %

hingegen am seltensten gewählt. Im Verhältnis zu den anderen Phasen ist diese auch meist zeitlich begrenzter und es sind meist weniger Personen involviert. Auch wenn die Erstellung des Plans zeitlich aufwendiger ist, sind in dieser Phase meist weniger Akteure involviert, was die verhältnismäßig wenigen Nennungen (6 %) erklären kann. Für die Analyse der Ausgangssituation und die Strukturierung des Planungsprozesses (jeweils 8 %) sowie die Erarbeitung von Maßnahmen (11 %) wurden mittlere Werte für die Nützlichkeit der Projektergebnisse erzielt. Die Gruppe der Menschen mit Behinderungen hat im Wesentlichen ähnliche Antworten gewählt wie der hier dargestellte Durchschnitt. Lediglich die Antwortoption „Trifft nicht zu“ wurde deutlich seltener gewählt, da die Antwortenden aus dieser Gruppe häufiger in konkrete Planungsprozesse involviert zu sein scheinen.

Insgesamt werden positive Werte für die Einschätzung der Nützlichkeit des Projektes erzielt und Unterstützung verstärkt für die frühen und späten Phasen eines Planungszyklus wahrgenommen.

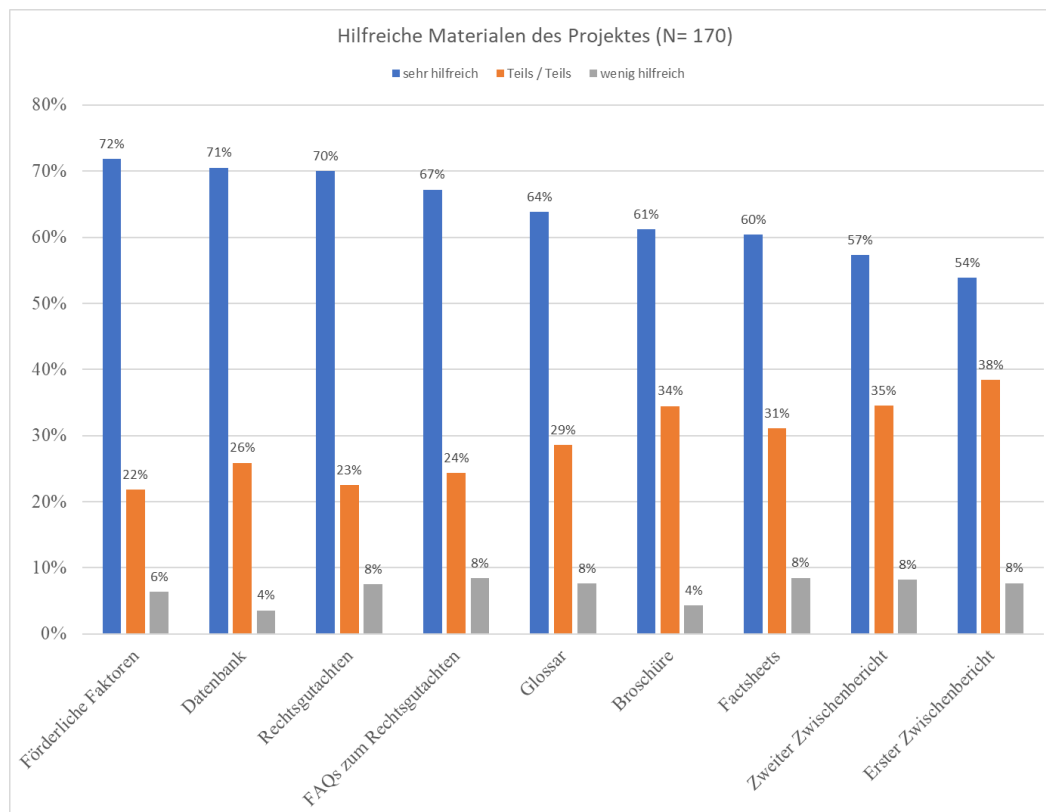
3.3 Einschätzung der erstellten Materialien

Im Kern der Transferphase stehen neben den durchgeführten Veranstaltungen vor allem die Materialien, die erstellt wurden. Neben den verschiedenen Berichten zu den Erhebungen und dem Rechtsgutachten zur rechtlichen Verbindlichkeit der UN-BRK für die Kommunen gehören hierzu auch komprimierte Zusammenstellungen wie die Factsheets zu den Bundesländern und zu förderlichen Faktoren von Planungsprozessen. Die FAQs zum Rechtsgutachten und die Broschüre versuchen die Kerninhalte leicht verständlich darzustellen. In einer Datenbank können Porträts der 28 genauer untersuchten kommunalen Planungsprozesse abgerufen werden, um dem Wunsch nach konkreten Beispielen nachzukommen. Die Darstellungen folgen einem einheitlichen Schema und stellen Stärken und Schwächen der verschiedenen Prozesse dar.

In der Erhebung wurden die Teilnehmer*innen gebeten: „Bitte bewerten Sie die folgenden Materialien aus dem Forschungsprojekt in ihrer Bedeutung für kommunale Planungsprozesse“. Um die Möglichkeit zu geben, hier auch die Materialien kennenzulernen, waren die Namen der verschiedenen Materialien mit einem Link zum entsprechenden Abschnitt der Transferwebseite beim DIMR versehen, der sich dann in einem neuen Tab des Browsers öffnete. So sollte sichergestellt werden, dass man sich über die Materialien informieren konnte und sie weitere Bekanntheit erlangten. Es sollte jedoch auch verhindert werden, dass die Bearbeitung des Fragebogens abgebrochen wurde.

Die Einschätzung, wie hilfreich die Materialien sind, wurde erneut anhand einer sechsstufigen Skala zwischen „sehr hilfreich“ und „nicht hilfreich“ vorgenommen, die zur einfacheren Darstellung in eine dreistufige Skala überführt wurde. Bei jedem Item der Transfermaterialien konnte auch die Antwortoption „ist unbekannt“ gewählt werden, was neben Aussagen zur Bewertung auch Rückschlüsse auf die Bekanntheit der verschiedenen Materialien ermöglichte.

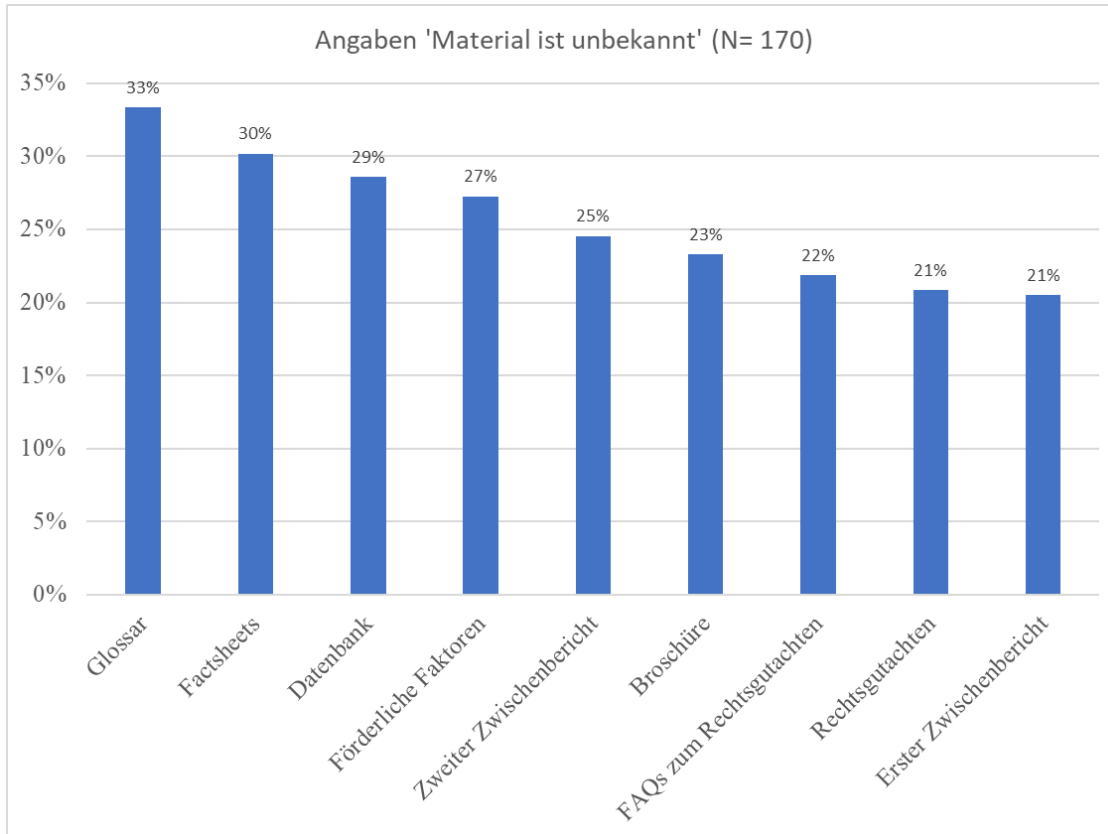
Abbildung 7: Hilfreiche Materialien des Projektes



Die Bewertung der Projektmaterialien ähnelt der Einschätzung der Informationsquellen. Obwohl nur wenige Wochen zwischen der Veröffentlichung der Transferhomepage als Teil des Internetauftritts des DIMR und der Befragung liegen, werden die erst neu freigeschalteten Materialien besser bewertet als diejenigen, die bereits seit deutlich längerer Zeit zur Verfügung stehen. So werden die Übersicht über die förderlichen Faktoren und Stolpersteine von Planungsprozessen und die Datenbank zu den Kommunalportraits mit jeweils über 70 % als hilfreich bewertet, obwohl sie erst wenige Wochen zur Verfügung stehen. Auch das Rechtsgutachten erhält ähnlich positive Bewertungen, war zum Zeitpunkt der Befragung aber schon deutlich länger verfügbar. Die Bewertungen spiegeln – wie in der untenstehenden Grafik erkennbar – nicht (direkt) die Frage der Bekanntheit wider, sondern zeigen, dass die Einschätzungen keinen direkten Zusammenhang mit der Dauer der Verfügbarkeit aufweisen. Zudem behandeln die ersten vier genannten Materialien auch unterschiedliche Zwecke. Während das Rechtsgutachten und die FAQs zum Rechtsgutachten juristische Grundlagen erläutern, bietet die Datenbank ein Tool, mit dem zu eigenen Fragestellungen vertieft recherchiert werden kann. Die förderlichen Faktoren bieten wiederum einen Überblick und fassen Ergebnisse aus allen Phasen des Planungsprozesses pointiert zusammen. Die Zusammenstellung macht somit deutlich, dass unterschiedliche Ziele mit den Materialien bedient und jeweils positiv bewertet werden. Die längeren und stärker datenbeschreibenden Berichte werden zwar auch noch von mehr als der Hälfte der Befragten (54 % und 57 %) als hilfreich bewertet, aber sie bilden das Schlusslicht bei den positiven Bewertungen und haben auch die meisten mittleren Zustimmungen. Bei den negativen Einschätzungen zur Frage, wie hilfreich die Materialien sind („trifft eher nicht zu“), können keine großen Unterschiede festgestellt werden. Insgesamt werden

alle Materialien positiv bewertet und die am hilfreichsten eingeschätzten Materialien haben unterschiedliche Formate und adressieren unterschiedliche Ziele.

Abbildung 8: Angaben „Material ist unbekannt“



Statt die Materialien zu bewerten, konnte jeweils auch angegeben werden, wenn ein Angebot unbekannt war. Wie oben bereits angedeutet, ergeben sich zwischen der Bewertung der Materialien und ihrer Bekanntheit keine direkten Zusammenhänge. Auch die Frage des Zeitpunkts der Veröffentlichung ist nur teilweise ausschlaggebend. So werden der erste Zwischenbericht und das Rechtsgutachten von den meisten Personen gekannt und sie liegen nun auch mit am längsten vor. Das Glossar hingegen ist einem Drittel der Befragten nicht bekannt, obwohl es deutlich vor Freischaltung der Transferwebseite auf der Projektseite des ZPE veröffentlicht wurde. Die erst mit der Transferwebseite zur Verfügung gestellten Materialien (Factsheets, Datenbank und Förderliche Faktoren) sind im Schnitt noch etwas unbekannter, aber die Differenzen sind vergleichsweise gering. Auch diese Ergebnisse sprechen somit für eine erfolgreich verlaufene Transferphase. Hätte die Öffentlichkeitsarbeit nicht funktioniert, müsste sich weitgehend eine Tendenz nach dem Veröffentlichungsdatum zeigen – was eindeutig nicht der Fall ist. Zudem ergeben sich keine großen Ausreißer bei Bekanntheit und Bewertung, was darauf hindeutet, dass die Vielfalt der erstellten Materialien auf Interesse stößt.

3.4 Weitere Materialien und Gesamtbewertung des Projektes

Ausgehend von den im Projekt erarbeiteten Materialien wurde am Ende der Erhebung zum einen offen nach weiteren Rückmeldungen zum Projekt und zum

anderen nach zusätzlichen Materialien gefragt, die für die kommunale Planung als wichtig erachtet werden. Da es bei den Antworten erwartbare Überschneidungen gab, werden die Ergebnisse hier zusammen dargestellt. Aussagen zur generellen Weiterarbeit bei der Umsetzung der UN-BRK sind im nächsten Kapitel dargestellt.

Für welche Themen werden Materialien gewünscht?

Bei den weiter hilfreichen Materialien werden drei Themen genannt. Mit zwei Nennungen eher selten wird eine Übersicht über Finanzierungsquellen für Maßnahmen und Planungsaktivitäten gewünscht, die beim Fundraising unterstützen kann. Das Thema Finanzierung wurde bei der Perspektive für die Umsetzung der UN-BRK (siehe letztes Kapitel) aber deutlich häufiger angesprochen.

Mit vier Nennungen wurden Anregungen gewünscht, die dabei helfen, Kommunen für das Thema der Umsetzung der UN-BRK zu sensibilisieren. Während eine Ausführung dabei das Argument unterstrich, dass Barrierefreiheit nicht mit Mehrkosten verbunden sein muss, gingen die anderen eher auf die Art ein, wie diese Materialien zu Sensibilisierung gestaltet werden sollten. Dabei wird angeregt, vor allem kreative Umsetzungsmöglichkeiten und konkrete Tipps aus Kommunen zu vermitteln, um auch andere Kommunen zur Planung anzuregen.

Ebenfalls mit vier Nennungen wurde angeregt, dass es weitere Materialien zum Thema Monitoring und Evaluation geben sollte. Hier wurde insgesamt ein größerer Bedarf an Unterstützung wahrgenommen und angeregt, dass passende Indikatoren für den Umsetzungsstand entwickelt werden sollten. Neben diesen Anregungen zum Nachweis des generellen Grades der Umsetzung ging es aber meist um Unterstützung bei der Formulierung von Maßnahmen und der anschließenden Überprüfung. Kern der Bewertung sollte demnach immer sein, ob es gelingt, dass mehr Teilhabe im Alltag stattfindet.

Welche Art von Materialien wird gewünscht?

Am häufigsten waren die Ausführungen dazu, welcher Art die Materialien sein sollten. Der Wunsch nach Checklisten und Ablaufplänen (vier Nennungen) sowie nach Handlungsleitfäden (drei Nennungen) macht deutlich, dass Struktur und Orientierung bei diesen komplexen Themen gesucht werden. Während es einerseits darum geht, Sicherheit zu vermitteln, alle Aspekte berücksichtigt zu haben, werden in diesem Zusammenhang auch konkrete Argumentationshilfen genannt. Diese sollen Menschen mit Behinderungen dabei unterstützen, in der Auseinandersetzung mit Politik und Verwaltung ihre Interessen durchzusetzen. In eine ähnliche Richtung geht der Wunsch nach einer Art Arbeitsbuch (auch als App vorgeschlagen), in dem Notizen möglich sind und das einerseits Schritt-für-Schritt-Anregungen bietet, andererseits aber auch Anpassungen an die jeweilige Situation vor Ort zulässt. Weitere Ausführungen würdigen die Praxisbeispiele in den Projektmaterialien, wünschen sich aber konkrete, nicht anonymisierte Beispiele. Idealerweise sollten hier die besten Prozesse bewertet und die Kontaktdaten angegeben werden. Auch diese Anregungen machen den Wunsch nach Anregung und Unterstützung des oft undurchsichtigen Prozessgeschehens deutlich. Vor dem Hintergrund der analysierten Prozesse kann gut nachvollzogen werden, warum klarere und direktere Anregungen gewünscht werden. Gleichzeitig macht die Vielfalt der unterschiedlichen Abläufe und die Differenz in den Strukturen deutlich, dass solche Orientierung nicht generell gegeben werden kann. Denkbar wären Handreichungen innerhalb einzelner Bundesländer, die dann auf die verschiedenen Arten und

Größenordnungen der Kommunen eingehen. Sinnvoller aber scheint noch ein Vorgehen zu sein, dass reflexiv die eigene Kommune untersucht und Handlungsmöglichkeiten vor Ort im gemeinsamen Austausch Schritt für Schritt partizipativ entdeckt und erweitert.

Darüber hinaus wird ein Rechtsgutachten gewünscht, dass dem im Projekt entstandenen ähnelt, aber im Schwerpunkt das Thema inklusive Beschulung untersucht.

Es werden auch Adressat*innen der weiteren Materialien benannt; neben den im Zusammenhang mit der notwendigen Sensibilisierung bereits genannten Akteur*innen aus Verwaltung und Politik werden dabei auch die kommunalen Spitzenverbände sowie die Sozialministerien auf Landesebene genannt. Diese sollen in dringlicher Weise Informationen an die Kommunen weitergeben.

Kritik an der Ausrichtung des Projektes

Wie beabsichtigt wurden die Fragen auch genutzt, um Kritik am Projekt und seiner Ausrichtung zu üben; dabei wurden verschiedene Ebenen angesprochen. Mit Blick auf die untersuchten Kommunen wurde zum einen kritisiert, dass große Kommunen zu stark und kleinere zu wenig berücksichtigt wurden. In eine ähnliche Richtung ging die Kritik, dass im Projekt der Fokus stark auf Kommunen gelegt wurde, die noch keine Planungen begonnen haben. Statt hier Unterstützung für den Start zu geben, sollte mehr Wert auf die Begleitung des Monitorings und die Fortschreibung von Planungsprozessen gelegt werden. Die Ausrichtung des Projekts darauf, zunächst einen Überblick über die vorhandenen Planungsprozesse auf kommunaler Ebene in Deutschland zu geben – die sich tatsächlich häufiger in größeren Kommunen identifizieren lassen –, macht den Wunsch nach Unterstützung in der jeweiligen konkreten Situation nachvollziehbar. Da sich die Hälfte der Befragten am Ende eines Planungsprozesses oder bereits in der Fortschreibung befindet, ist der Wunsch nach mehr Unterstützung in diesem Planungsschritt erwartbar.

Auch am Grad der Abstraktheit der Darstellungen wurde vereinzelt Kritik geübt. Während sich die einen weniger beschreibende Darstellungen und mehr Analyse wünschen, halten andere das Projekt für zu theoretisch und wenig praxisnah. Kritisiert wird auch die Ausrichtung an den kommunalen Gegebenheiten, da hierdurch nur Bestehendes fortgeschrieben werden würde und wirkliche Veränderungen ausblieben.

Einzelne Nennungen wünschten sich einen noch aktuelleren Einblick in den Planungsstand oder kritisieren, dass zu wenig über das Projekt berichtet wurde.

Anerkennung des Projektes

Positive Aspekte zum Projekt werden von 18 Personen eingebracht. Dabei wird entweder die Beschäftigung mit der Thematik gewürdigt und als wertvoll für das eigene Engagement beschrieben oder es werden spezifische Aspekte besonders hervorgehoben. So wird mehrfach das Rechtsgutachten als wertvoll herausgestellt, und auch die empirischen Ergebnisse werden als wichtige Argumentationshilfe beschrieben. Die Zusammenstellung von „Ansätzen und methodischen Ideen“ wird als Bereicherung für die eigene Auseinandersetzung benannt. Aber auch in diesem Zusammenhang werden Spannungen geschildert. Während mehrere Anmerkungen deutlich machen, dass sie zwar die Materialien schätzen, gleichzeitig aber die finanziellen Mittel zur Umsetzung vermissen. Andere weisen auch auf die

fehlende Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen hin. Gerade aufgrund dieses Mangels „sind gute Materialien, Tagungen und Schulungen die besten Möglichkeiten, die Planer zu unterstützen“.

4. Perspektiven zur Umsetzung der UN-BRK

Die Abschlussbefragung fokussierte – ganz entsprechend der Zielsetzung – auf die Ergebnisse des Projekts, um auf diese Weise eine Rückmeldung der relevanten Akteure zu erhalten. Da die Thematik jedoch nur in einem größeren Zusammenhang sinnvoll verstanden werden kann, wurde der Blick abschließend geweitet. Hierzu wurde in einer Frage mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten erhoben, für wie wichtig verschiedene Aspekte gehalten werden, um die Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Auch in den offenen Fragen am Ende der Erhebung wurden hierzu weitere Angaben gemacht, die zusammen ein differenziertes Bild davon vermitteln, was die befragten Akteure für die Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene für notwendig halten.

Einschätzung der aktuellen Situation

In der abschließenden Frage wurde eine Reihe von Ausführungen gemacht, welche die aktuelle Situation bilanzierend darstellen und damit einen guten Überblick über die weiteren Ausführungen geben bzw. diese begründen. Im Kern geht es dabei um unterschiedliche Perspektiven auf die aktuelle Situation und um Unterschiede in der Wahrnehmung von Problemen. Demnach gingen gerade Menschen ohne Behinderung davon aus, dass sich bereits viel in Richtung inklusiver Lebensbedingungen verändert habe, was aber nichtzutreffend sei. Um hier für mehr Verständnis zu sorgen, sollen die Lebensgeschichten von Menschen mit Behinderungen mehr in der Öffentlichkeit geteilt werden. Insgesamt wird eingeschätzt, dass Bemühungen um ein geändertes öffentliches Bewusstsein in Bezug auf Menschen mit Behinderungen noch ganz am Anfang stehen, weshalb die meisten vorgeschlagenen Anpassungen sich auch auf das Thema Öffentlichkeitsarbeit beziehen, wie weiter unten erläutert wird. Als besondere Hürde wird der Schritt von der Planung in die Umsetzung empfunden, was häufig mit fehlenden Mitteln, aber auch mit mangelnder Verbindlichkeit in Verbindung gebracht wird. Eine besondere Situation wird bei den etablierten Unterstützungsdiensten für Menschen mit Behinderungen wahrgenommen, die als „veränderungsresistent“ eingeschätzt werden. Manche geäußerte Kritik an der aktuellen Situation ist vergleichsweise pointiert und streicht die durch die UN-BRK grundsätzlich veränderte Sicht heraus:

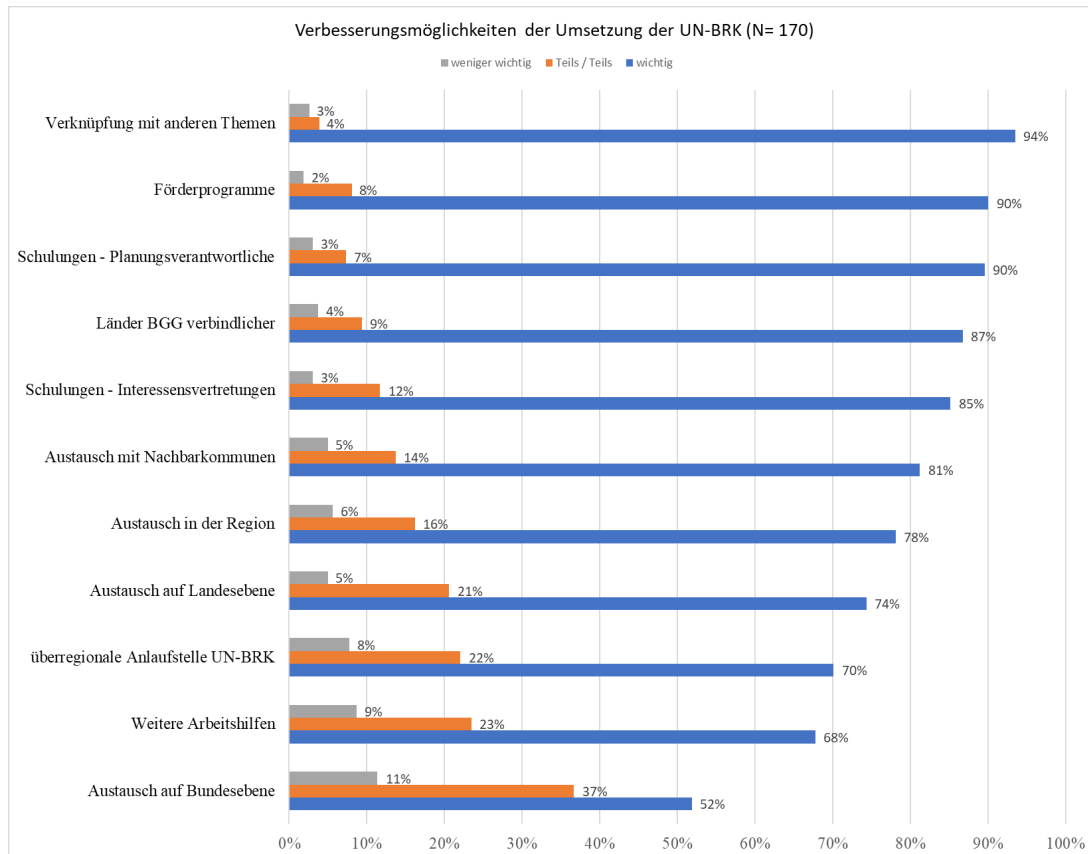
„Die Umsetzung der UN-BRK ist mehr als die Inklusionsdisco oder eine Back-Veranstaltung in der Sondereinrichtung! Das haben vor allem viele Mandatsträger nicht begriffen oder sie wollen es nicht begreifen (da sie gleichzeitig die Lobby vertreten und keine Selbstvertretung wünschen oder diese sogar fürchten).“

Verbesserungsmöglichkeiten bei der Umsetzung der UN-BRK

Als letzte Frage mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten wurde der Blick über das Projekt hinaus geweitet und erfragt: „Was halten Sie – unabhängig vom Projekt – für notwendig, um mehr Kommunen für die Umsetzung der UN-BRK zu gewinnen und ihre Planungsprozesse zu verbessern?“ Auch hier wurden die Einschätzungen auf einer sechsstufigen Skala zwischen *sehr wichtig* und *nicht so wichtig* erfasst und anschließend in die in der Grafik dargestellte dreistufige Skala überführt. Die Antworten zu dieser Frage haben große Überschneidungen zu den Antworten auf die Frage „Was sind aus Ihrer Sicht weitere Dinge, die notwendig sind, um Planungsprozesse zur Umsetzung der UN-BRK anzuregen und zu verbessern?“. Bei dieser zweiten Frage konnte offen geantwortet werden und die Ausführungen

helfen bei der Interpretation der Bewertungen mit der vorgegebenen Antwortskala. Um diese Überschneidungen zu nutzen und gleichzeitig Wiederholungen zu vermeiden, werden die Antworten zu beiden Fragen zusammen dargestellt.

Abbildung 9: Verbesserungsmöglichkeiten der Umsetzung der UN-BRK



Die Verknüpfung der Umsetzungsbemühungen der UN-BRK mit anderen kommunalen Themen wird von den Befragten als besonders wichtig erachtet. 94 % der Teilnehmenden bewerten diesen Aspekt als bedeutsam. Diese sehr hohen Zustimmungswerte verdeutlichen, dass es sich bei der Umsetzung um ein Querschnittsanliegen handelt, dass immer in Bezug zu verschiedenen Lebensbereichen steht. In den vorherigen Erhebungen wurden die Planungen bereits dezidiert mit den Themen Mobilität, Demografie, Familie und Demokratie verknüpft. Innerhalb der Planungen wurden zwar zahlreiche thematische Bezüge hergestellt, jedoch meist ohne auf die dort stattfindenden Planungsaktivitäten einzugehen. In der offenen Anschlussfrage wurde lediglich Barrierefreiheit als weiteres relevantes Themenfeld benannt. Dabei wird darauf hingewiesen, dass ein stärkerer Verpflichtungscharakter notwendig sei und auch private Rechtsträger in die gesetzlichen Vorgaben einbezogen werden sollten. Es wird auch erwähnt, dass Barrierefreiheit nicht auf physische Zugänglichkeit und Mobilität begrenzt werden sollte, sondern dass auch weitere Aspekte berücksichtigt werden müssen. Zudem werden Schulungen als ein Mittel für mehr Barrierefreiheit genannt und mehr finanzielle Mittel für erforderlich gehalten.

Damit wird ein Aspekt benannt, der auch beim Thema Förderprogramme mitschwingt, das am zweithäufigsten als wichtig bewertet wurde – nämlich die finanziellen Ressourcen. Mit 90 % als wichtig eingestuften Bewertungen und lediglich

2 % als unwichtig wird der Bedarf an finanzieller Unterstützung der Umsetzungsaktivitäten sehr deutlich hervorgehoben. Das zeigt sich auch in den offenen Antworten, in denen dieser Aspekt am dritthäufigsten genannt wurde. Dort wurde elfmal angeregt, zweckgebundene Haushaltsmittel für die Planungsaktivitäten oder feste Budgetzuweisungen vorzusehen. Teilweise wurde dabei auf die vorhandenen finanziellen Mittel der Kommunen Bezug genommen oder finanzielle Mittel von höheren Ebenen für erforderlich gehalten. Während bei einigen Nennungen offenblieb, um welche Art von Ressourcen es sich handelt, wurden personelle Ressourcen mehrfach ausdrücklich erwähnt. Zwei Nennungen weisen jedoch darauf hin, dass in der aktuellen Debatte über Haushaltsdefizite und Finanzierungsprobleme die Chancen auf eine verbesserte finanzielle Ausstattung gering sind.

Mit nahezu identisch positiven Werten werden auch Schulungen für planungsverantwortliche Personen als wichtiges Instrument zur Unterstützung bei der Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene bewertet. Bisher gibt es hier sehr wenig spezialisierte Angebote. Gleichzeitig ist die Aufgabe äußerst komplex und die Antworten bei der offenen Abfrage machen deutlich, dass man sich eine bessere Einbindung bzw. Berücksichtigung in der Struktur der Kommunalverwaltung wünscht. Hier geht es auch darum, das Thema als Querschnittsthema zu bearbeiten, was an sich herausfordernd ist. Dabei wird sich auch mehr Austausch mit anderen Personen gewünscht, die in anderen Kommunen ähnliche Aufgaben bearbeiten. Gewünscht werden auch Gütekriterien für kommunale Planungsprozesse, deren Einhaltung von unabhängiger Seite bewertet wird und an denen sich Schulungen orientieren können. Genannt werden auch Methoden wie Zukunftswerkstätten sowie spezifische Unterstützung für Situationen in kleinen Kommunen oder bei der Verknüpfung mit anderen Themen. Am häufigsten wird jedoch in Bezug auf die Art der Planung angemahnt, dass diese mit einer höheren Verbindlichkeit erfolgen müsse (sechs Nennungen), was auch mit spezifischeren Unterstützungsangeboten wie Schulungen einhergehen kann.

Die Aufnahme verbindlicher Planungsvorgaben in die Gleichstellungsgesetze der Bundesländer wurde als viertwichtigster Aspekt bewertet. Bei 87 % Einschätzungen als wichtig haben lediglich 4 % der Befragten diesen Aspekt als weniger wichtig eingestuft. Ohne dass direkt auf die Behindertengleichstellungsgesetze (BGG) der Länder Bezug genommen wurde, war die Forderung nach gesetzlichen Anpassungen und mehr Entschiedenheit der zweithäufigste genannte Aspekt (21 Nennungen) in der offenen Frage. Teilweise wurden Vorgaben aus der Pflege- und Jugendhilfeplanung als Beispiele genannt, an denen sich die Planungen zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene orientieren könnten. Dabei wurden explizit auch Kommunen unterhalb der Ebene der (Land-)Kreise einbezogen. Während die Mehrheit allgemein mehr Verbindlichkeit und klarere Vorgaben wünscht, werden auch fünfmal Sanktions- bzw. Klagemöglichkeiten gefordert, falls Kommunen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Aus diesen Antworten sind teilweise Empörung und Frustration über die bisherige Unverbindlichkeit erkennbar.

Schulungen der Interessenvertretungen stehen an fünfter Stelle bei der Bewertung der Wichtigkeit und erreichen mit 85 % auch noch einen hohen Wert. Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen spielen in allen Phasen eines Planungsprozesses eine wichtige Rolle und ihre Beteiligung ist auch von der UN-BRK vorgesehen (Art. 4 Abs. 3). Auch bei der Mitwirkung an Planungsprozessen stellt ihre Komplexität eine Herausforderung dar, weshalb Schulungen beim Bewahren der Übersicht unterstützen können. In den ergänzenden Antworten wird Partizipation ebenfalls unter den Top-5-Themen genannt, und insbesondere für die

laufenden politischen Prozesse werden Fortbildungen gewünscht. Um die Mitwirkung zu ermöglichen, werden finanzielle und personelle Ressourcen (bei Beauftragen) sowie verbindlichere gesetzliche Regelungen als notwendig erachtet. Dabei soll die Partizipation möglichst frühzeitig erfolgen, um von Beginn an auf notwendige Anpassungen hinweisen zu können. Starke Selbstvertretungsstrukturen zeichnen sich den Antworten zufolge dadurch aus, dass sie in der Kommune auf die spezifischen Barrieren im Alltag aufmerksam machen und im direkten Austausch mit den anderen Personen sind.

Es wurde auch nach dem Austausch mit anderen Kommunen als Ressource zur Unterstützung der Planungsaktivitäten gefragt. Dabei ergab sich ein klarer Zusammenhang zur geographischen Nähe der jeweiligen Kommune. So wurde der Austausch mit den Nachbarkommunen von 81 % als wichtig eingestuft, der Austausch auf Bundesebene jedoch nur von 52 %, was dem letzten Platz in der Reihenfolge entspricht. Mit 11 % ist hier auch der Anteil der Personen am größten, die diesen Austausch für weniger hilfreich halten. Die Reihenfolge der Ebenen – von den Nachbarkommunen über die Region bis zum jeweiligen Bundesland – zeigt deutlich, dass ortsspezifische Aspekte in den Planungen als wichtig erachtet werden. Je näher an der eigenen Kommune der Austausch stattfinden kann, desto wahrscheinlicher wird er für sinnvoll gehalten. Auch die Unterstützung durch eine speziell auf die Umsetzung der UN-BRK ausgerichtete Anlaufstelle (70 %) wird als weniger wichtig eingeschätzt als der Austausch auf Landesebene.

Weitere Arbeitshilfen kommen in der Auflistung an vorletzter Stelle, noch vor dem Austausch auf Bundesebene. Auch wenn sie am Ende der Liste stehen, zeigt der Wert von 68 % der Befragten, die diese Unterstützung für wertvoll halten, dass ihre Nützlichkeit weiterhin von deutlich mehr als der Hälfte gesehen wird. Die hohen Werte bei allen vorgeschlagenen Unterstützungsmöglichkeiten lassen darauf schließen, dass der Unterstützungsbedarf insgesamt als sehr hoch eingeschätzt wird und die genannten Mittel in unterschiedlichem Maße als notwendig gelten.

Mit 37 Nennungen wurde die Notwendigkeit für mehr Öffentlichkeitsarbeit bei der offenen Frage am häufigsten genannt. Während einige Antworten allgemein auf den Bedarf an Öffentlichkeitsarbeit hinweisen, wird zugleich die zu geringe Bekanntheit der UN-BRK und des Forschungsprojekts betont. In der Kommunikation zur UN-BRK sollte auf gute Beispiele verwiesen und deutlich gemacht werden, dass ihre Umsetzung für alle von Vorteil ist (7 Nennungen). Ebenfalls siebenmal wurde um Unterstützung bei der Überzeugung verantwortlicher Personen in den Kommunen gebeten. Dabei wurde entweder von Unwillen in der Verwaltung oder der Kommunalpolitik berichtet oder es wurden Vorschläge gemacht, wie in solchen Fällen vorzugehen wäre (vier Nennungen). Dies umfasste Aktionen, die öffentlichkeitswirksam auf Barrieren hinweisen, zur Aufklärungsarbeit beitragen oder allgemein Veränderungsdruck auf Entscheidungsträger ausüben. In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag zu nennen, deutlicher zu machen, welche Kosten durch ausschließende Infrastruktur entstehen.

Ebenfalls recht häufig genannt wurde die Unterstützung in der Phase des Monitorings und der Evaluation. Es wird angeregt, den Umsetzungsstand transparenter darzustellen und ein öffentliches Monitoring – etwa über ein online zugängliches Bewertungsportal – zu ermöglichen. Alternativ wird mehrfach vorgeschlagen, dass durch öffentliche Instanzen eine unabhängige Kontrolle erfolgen sollte, wobei hier Ombudspersonen oder die Landesbeauftragten genannt werden. Um mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung zu erreichen, wird es als sinnvoll erachtet, externe Akteure in die Überprüfung der Maßnahmen einzubeziehen.

5. Fazit

Mit der Abschlussbefragung ist es gelungen, einen ausreichend großen Kreis an Personen zu erreichen, um Aussagen zur Verbreitung der Projektergebnisse und zur Bewertung der erstellten Materialien treffen zu können. Gleichzeitig haben sich – mit Ausnahme von Personen aus der Kommunalpolitik – alle relevanten Akteursgruppen in kommunalen Planungsprozessen an der Befragung beteiligt, wobei es insgesamt nur selten zu deutlich abweichenden Einschätzungen zwischen den Gruppen kommt. Die Befragten stammen zudem aus unterschiedlichen Kommumentypen und haben überwiegend mindestens einen Planungsprozess in ihren Kommunen miterlebt oder selbst durchgeführt. Es ist zudem gelungen, auch Personen anzusprechen, die einen ortsübergreifenden Blick auf die Thematik einnehmen, etwa in ihrer Funktion als Vertreter*innen von Verbänden.

Wie dargestellt wurde, ist die Transferwebseite – obwohl sie zum Zeitpunkt der Befragung erst wenige Wochen freigeschaltet war – bereits besser bekannt als die zu Projektbeginn eingerichtete Projekthomepage. Auch die auf der Transferwebseite abrufbaren Materialien sind bekannt und werden als nützlich bei der Unterstützung von Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene eingeschätzt. Auch die angestrebten Projektziele werden von den befragten Personen als erreicht angesehen.

Unabhängig von den Projektergebnissen haben die befragten Personen weitere Unterstützungsbedarfe benannt. Neben klaren gesetzlichen Verpflichtungen zu Planungen zur Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene werden Förderprogramme, Schulungen und der Austausch mit anderen Kommunen als wichtige Hilfen genannt, die weiter ausgebaut werden sollten. Die Befragung hat deutlich gemacht, dass sich eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichen Erfahrungshintergründen für das Thema interessieren. Die Aufgaben werden als komplex eingeschätzt und zu einem großen Teil von ehrenamtlichem Engagement von Menschen mit Behinderungen getragen. Strukturelle Verbesserungen dieses Engagements erscheinen notwendig, um die Umsetzung der UN-BRK auf kommunaler Ebene weiter voranzubringen und das bisherige Engagement angemessen zu würdigen.

6. Literatur

Bertelmann, Lena; Butschkau, Malin; Kempf, Matthias; Rohrmann, Albrecht (2024): Die Verbreitung systematischer Planungsaktivitäten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen. Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt „UN-Behindertenrechtskonvention in den Kommunen“. Siegen. Online verfügbar unter https://zpe.uni-siegen.de/unbrk-kommunal/wp-content/uploads/sites/2/2024/04/Zwischenbericht_UNBRK-kommunal.pdf , zuletzt geprüft am 16.09.2025.